

Frauen in der Textilindustrie – weltweite Ausbeutung

Überproportionale Arbeitslosigkeit, ungleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen, unfairer Handel, fehlende Investitionen in die Infrastruktur - dies sind nur einige wenige Schlagworte, ausgelöst durch die weltweiten Veränderungen im Bereich der Produktion und des Handels. Und wie auch bei uns tragen die Frauen die Hauptlast dieser negativen Entwicklungen, weil sich weltweit das System gesellschaftlicher Arbeitsteilung im Zusammenhang mit der Industrialisierung nach westlichem Muster durchsetzte.

Auch dass der Abbau von hunderttausenden von Textilarbeitsplätzen (Seit 1970 wurden 45% der Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie abgebaut) d.h. überwiegend Frauenarbeitsplätze -in den westlichen Industrienationen fast ohne Widerstand vorstatten ging, ist der gleichen Tatsache geschuldet. Während die Kürzung von Subventionen in Bergbau, der Stahlindustrie und im Schiffbau tausende von Menschen auf die Straße bringt, blieb der Abbau von mehr als 145.000 Arbeitsplätzen in Westdeutschland und 270.000 in Ostdeutschland zwischen 1990 und 1996 öffentlich weitgehend unbeachtet. Es waren ja „nur“ Frauen, die ihre Arbeitsplätze verloren und die sich nun wieder ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können!

Während Frauen bei uns arbeitslos wurden, entdeckten hiesige Hersteller die billige Arbeitskraft von Frauen in Zentralamerika, Asien und Afrika. Junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren wurden die „Ressource“ die einen unvergleichlichen Boom der Textilindustrie ermöglichte. Warum sind es gerade die Frauen, die weltweit den größten Anteil der Arbeitskräfte in den Produktionsstätten im Elektro- und Textilbereich in den Freihandelszonen, Sweatshops und der Heimarbeit ausmachen?

- Die weibliche Sozialisation bringt die Fähigkeiten hervor, die diese Industrie verlangt, ohne dass eigene Qualifizierungsanstrengungen unternommen werden müssen -. Geduld, Genauigkeit, Ausdauer, Geschicklichkeit, Feinmotorik
- eine Beschäftigung bis zur Ehe/Mutterschaft ist für viele attraktiv
- ihre relative politische Unerfahrenheit und in der Organisierung von Arbeitskämpfen ermöglicht einen möglichst reibungslosen Produktionsablauf
- ihre hohe Arbeitsbelastung aufgrund familiärer Verpflichtungen erschwert Widerstand oder eine Organisierung. Wie sieht die Situation für die jungen Frauen aus? Hierzu einige Beispiele:

Zentralamerika:

Die Textilproduktion findet überwiegend in den Freihandelszonen statt, die es u.a. in Mexiko, Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua gibt. Allein in Guatemala arbeiten über 40.000 Frauen in den freien Produktionszonen, mehrheitlich in Bekleidungsfabriken. Diese gehören zu 60 % guatemalteken und zu 25 % südkoreanischen Eigentümern. 90 % der Produkte werden in die USA exportiert.

In El Salvador arbeiten in den mehr als 200 Betrieben der Textilindustrie 170.000 überwiegend sehr junge, unqualifizierte Frauen (13-25 Jahre). Sie müssen vor Einstellung einen Schwangerschaftstest machen und eine Erklärung unterzeichnen, dass sie nicht schwanger sind. Außerdem müssen sie sich einverstanden erklären, lange Schichten zu arbeiten. Die Normalarbeitszeit ist zwar 8 Stunden, in der Regel müssen sie jedoch 10-12 Stunden arbeiten. Erst nach einer Woche nichtentlohnter Probearbeit werden sie eingestellt. Sehr häufig werden die Arbeitsnormen erhöht, ohne dass der Lohn steigt. Die Arbeit findet in großen, schlecht belüfteten Hallen, in denen die Maschinen in langen Reihen aufgestellt sind, statt. Es ist den Arbeiterinnen verboten, mehr als eine Flasche Wasser an den Arbeitsplatz zu nehmen, damit sie nicht zu häufig zur Toilette müssen. Der Lohn ist geringer als der staatliche Mindestlohn, ein Recht auf Organisierung gibt es nicht. Die Arbeiterinnen werden von Vorarbeitern überwacht, die früher den Todesschwadronen angehörten. Mitinhaber der Firmen sind teilweise ehemalige salvadorianische Militärs. Berichte von sexuellen Übergriffen und Bestrafungen von Arbeiterinnen sind häufig. Weit verbreitet ist auch die Praxis, Betriebe einfach zu schließen, wenn sich die Beschäftigten zu wehren beginnen und an anderer Stelle wieder neu zu öffnen.

Ähnlich katastrophale Bedingungen herrschen in den guatemalteken Freihandelszonen, in denen überwiegend südkoreanische Firmen arbeiten lassen. Versuche, die Arbeitsbedingungen zu

verbessern, werden rigoros geahndet - mehrere Aktivistinnen wurden gekidnappt und erhielten Morddrohungen.

Asien

Während die zentralamerikanischen Firmen überwiegend für den amerikanischen Markt produzieren, werden vor allem in Asien Waren für Europa hergestellt. In Sri Lanka z.B. gibt es seit 1979 Freihandelszonen, in denen zu 90 % Frauen arbeiten. Hier lassen u.a. Firmen wie der Otto-Versand, Karstadt, Benetton (!), Stefanel und C & A produzieren. Die Frauen erhalten einen Lohn von ca. 2000 Rupien (60, DM) und müssen 12 bis 13 Stunden täglich (7-Tage Woche) arbeiten. Sie sind auf dem Gelände in Wohnbaracken in Räumen mit 8 -10 Personen untergebracht- Die Arbeitsnormen sind sehr hoch, so dass die Frauen oft keine Zeit zum Essen haben. Unterernährung und Lungentuberkulose sind ein ernsthaftes Problem. Schläge und Beschimpfungen sind an der Tagesordnung, wenn die Norm nicht erreicht wird. Bei Streikaktionen gibt es Entlassungen. Katastrophalen Bedingungen herrschen auch in den freien Produktionszonen. In China. Die Jungen Arbeiterinnen kommen überwiegend aus ländlichen Gebieten und sind sehr unerfahren. Häufig werden sie in Schlafräumen, die den Fabriken angeschlossen sind kaserniert, um jederzeit für die Arbeit verfügbar zu sein. Aufgrund der langen Arbeitszeiten von 14 bis 16 Stunden haben sie kaum Möglichkeiten Kontakte nach außerhalb zu knüpfen. Sie erhalten einen Lohn von ca. 40 Dollar - in Hongkong wird für die gleiche Arbeit 750 - 800 Dollar gezahlt. In den Zonen gibt es eine staatliche Gewerkschaftsorganisation, die aber nichts für die Rechte der Arbeiterinnen tut. Häufig stehen in diesen Fabriken alte, in Europa nicht mehr benutzte Maschinen, diese Maschinen entsprechen nicht der Körpergröße und verursachen Probleme bei der Arbeit, aber der gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheits- und Arbeitsschutz wird ohnehin nicht eingehalten. Bei einem Brand in einer Fabrik starben mehr als 300 Frauen, weil das Feuer auf die Schlafräume übergreifen hatte.

Etwas anders stellt sich die Situation in Indien dar: Obwohl es auch hier Freihandelszonen gibt, findet die Textilproduktion überwiegend in sogenannten "sweat-shops" statt, das sind kleine Firmen, die als Subunternehmer für größere Firmen arbeiten. Die extreme Zerstückelung der Arbeit begünstigt die Möglichkeiten der Umgehung von Arbeitsbestimmungen. In diesen Kleinstbetrieben in Familienhand arbeiten oft nur 20 - 25 Beschäftigte. 10 Stunden täglich zu Löhnen zwischen 20 und 40 Dollar monatlich, ein Lohn unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Minimumlohn. Die räumlichen Bedingungen sind katastrophal, weil die Besitzer den geringen vorhanden Raum optimal wie möglich nutzen wollen - häufig wird noch eine Zwischendecke eingezogen um weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Organisierung ist sehr schwierig, obwohl formal das Recht auf gewerkschaftliche Organisationsfreiheit besteht.

Auf den Philippinen arbeiten 17% der Beschäftigten im Textilbereich. In den Freihandelszonen existieren andere Arbeitsbedingungen als im übrigen Land. Überwiegend werden Junge, unverheiratete Frauen beschäftigt. Der Gesundheits- und Arbeitsschutz wird häufig nicht eingehalten, allerdings gewähren einige Firmen Mutterschutz, Urlaubstage und Lohnfortzahlung bei Krankheit. In der Firma Mactan Apparel, die für Adidas und Nike arbeiten sind 3 Überstunden zur täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden normal. Sie kann nur verweigert werden, wenn man eine Krankschreibung vorlegt. Wenn Frauen mehr als dreimal zu spät kommen, können sie entlassen werden. Es existiert ein schlechtes Belüftungssystem. Für 560 Frauen gibt es eine Toilette. 1986 wurde in dieser Firma gestreikt und alle verloren ihren Arbeitsplatz. In der Firma Mandarin, die der Familie Lim gehört, sind die Bedingungen noch schlechter. Hauptabnehmer sind auch hier der Otto Versand, Neckermann und C & A. Die Firma erlaubt keine gewerkschaftliche Organisierung und feuert rigoros bei allen Organisierungsversuchen. Ein normaler Arbeitstag ist 12 Stunden, manchmal muss jedoch bis 21 Uhr gearbeitet werden. Die Arbeitsnormen sind sehr hoch, bezahlt wird nach Stücklohn. In Bangladesch arbeiten heute in 2.200 Betrieben mehr als 1,2 Mio. Menschen, darunter ca. 100.000 Kinder in der Textilindustrie zu unmenschlichen Bedingungen. Der Lohn ist niedriger als in anderen Sektoren, weil hier überwiegend Frauen beschäftigt werden. Obwohl der staatliche Minimallohn 40 \$ in der übrigen Industrie, in der Textilindustrie nur 23\$ beträgt, erhalten die Frauen im Textilbereich nur 10 - 12 \$. Sie müssen 7 Tage arbeiten, wöchentlich 80-100 Stunden, wobei auch hier eine Pflicht zu Überstunden besteht. Sie arbeiten überwiegend in kleinen Räumen mit schlechter Belüftung, auch gibt es nur wenig Toiletten. Unfälle sind häufig, es existiert aber nur selten eine medizinische Versorgung. Zu den europäischen Hauptabnehmern der Textilien aus Bangladesch gehört Hennes & Mauritz.

Nicht viel anders sieht es in vielen anderen Ländern im Bereich der Textilproduktion aus, wobei neu auf den Weltmarkt kommende Länder wie Vietnam und Laos dadurch zu Konkurrenten werden, dass sie die schlechten Löhne noch unterbieten. Verallgemeinernd kann sowohl für die Arbeit in Freihandelszonen als auch für die Sweat-Shops gesagt werden, dass

- erzwungene Überstunden die Regel sind
- gewerkschaftliches Engagement unerwünscht ist und sanktioniert wird
- Arbeitsnormen überhöht sind
- die Löhne häufig unter dem gesetzlichen Mindestlohn sind
- Arbeits- und Mutterschutz unterlaufen oder gar gänzlich mißachtet werden
- sexuelle Übergriffe oder Diskriminierungen häufig anzutreffen sind
- keinerlei langfristige Arbeitssicherheit besteht.

Bei dieser Darstellung bleiben ökologische Aspekte der Produktion und Verarbeitung noch völlig unbeachtet. So sind viele Stoffe mit Chemikalien behandelt, mit denen die Frauen beim Nähen in Berührung kommen und die mit dem Textilstaub in der Luft herumfliegen.

Ganz zu schweigen von den vielen Umweltkatastrophen bei der Herstellung der Stoffe: Baumwollmonokulturen ruinieren die Böden und sorgen für Wasserknappheit und verhindern andere landwirtschaftliche Produktionszweige. Der massenhafte Einsatz von Pestiziden im Baumwollanbau schadet den Baumwollpflückerinnen ebenso wie den Endverbraucherinnen, die giftigen Farben ruinieren nicht nur die menschliche Gesundheit, sondern ihre rücksichtslose Entsorgung vergiftet Böden und Gewässer, bei der Veredelung der Stoffe spart man nicht mit Chemikalien aller Art.

Einfuhrbeschränkungen

Stellt man sich die Frage, was denn gegen diese Entwicklung zu tun sei, besteht zunächst die Schwierigkeit, den tatsächlichen Anknüpfungspunkt und die richtigen Adressaten zu finden.

Um Produktionsauslagerungen zu verhindern und damit Arbeitsplätze bei uns zu sichern könnte man auf die Idee kommen mit Einfuhrbeschränkungen dafür zu sorgen, dass die einheimische Textilindustrie erhalten und die Konkurrenzware draußen bleibt. Auf diese Idee ist man tatsächlich schon sehr früh gekommen, als sich in den 60er und 70er Jahren in verschiedenen dritter Welt Ländern die Textilindustrie zu entwickeln begann. Um das Eindringen von Billigprodukten zu erschweren wurde 1974 das Multifaserabkommen (MFA) verabschiedet, welches Quoten für den Import einzelner Länder oder Ländergruppen regelt und Zollsätze regelt. Das MFA soll bis zum Jahre 2005 auslaufen. Das MFA - im Rahmen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) geschlossen - stellt für exportorientierte Länder wie Pakistan, Indien, China die Türkei und Indonesien ein Handelshemmnis dar, da sie mehr exportieren könnten. Außerdem sind die Zollsätze aus Entwicklungsländern in Industrieländer fast viermal so hoch. Allerdings gibt es auch Möglichkeiten, diese Beschränkungen zu umgehen. So produzieren südkoreanische Firmen z.B., in Honduras in den freien Exportzonen und verschärfen sich so erweiterten Zugang zum amerikanischen Markt. Man muss sich darüber im klaren sein, dass die Einschränkung der Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer zu einem realen Arbeitsplatzabbau dort führt. Alle Textilarbeiterinnen, die bislang in Deutschland zur Problematik der Textilindustrie in ihren Ländern gesprochen haben, lehnen deshalb auch jede Art von Boykott oder Behinderung der einheimischen Industrie ab, Einige Entwicklungsländer empfinden die Festlegung sozialer und ökologischer Standards im Rahmen von Handelsabkommen als diskriminierend deshalb, weil dadurch ihre Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt würde. Was vor dem Hintergrund ihres Entwicklungsstandes sicherlich ein berechtigtes Argument ist. Dennoch darf es m.E. nicht heißen, dass nur auf der Basis gnadenlosen Raubbaus an menschlichen und natürlichen Ressourcen die weitere wirtschaftliche Entwicklung denkbar ist. Setzt sich das Prinzip des freien Weltmarktes weiterhin so durch, wie schon bisher. Das würde bedeuten, dass allein die bloße Ausweitung schon erhebliche Mittel erfordern würde, den bisherigen bekanntermaßen schlechten Standard zu halten geschweige denn Verbesserungen zu erbringen. Nur wenn bei schnellem Wirtschaftswachstum auch tatsächlich Mittel für Umweltschutz bereit gestellt werden wäre dies vertretbar.

Textillabel

Um zumindest die Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Textilindustrie zu reduzieren, gibt es die Überlegung, durch die Einführung von Textillabel auf die Hersteller einzuwirken, umweltverträglicher zu produzieren. Es gibt mittlerweile

zahlreiche Firmen, die in diesem Bereich aktiv sind und eine Reihe von Öko-Labeln. Sie haben jedoch fast alle einen oder mehrere Haken:

Der Begriff „Öko“ ist nicht gesetzlich geschützt, und es liegt nahe, dass damit eine breite Palette von Möglichkeiten sich eröffnet. Wenn es uns nur darum geht, an unsere Haut möglichst wenig Chemie gelangen zu lassen, können Gedanken an Anbaumethoden und Entsorgung getrost außen vor bleiben. Sprechen wir jedoch von Konzepten zur Reduzierung des Einsatzes von schädlichen Chemikalien weltweit, kann uns dies nicht gleichgültig sein, ebenso wenig wie man Öko-Label akzeptieren kann, die auf Waren gepappt werden, die unter extrem ausbeuterischen Bedingungen entstanden sind. So sagt z.B. von Hand gepflückte Baumwolle nur aus, dass bei der Ernte keine Entlaubungsmittel eingesetzt wurden, nicht aber, dass im Anbau keine Pestizide eingesetzt wurden, noch weniger ob diese durch Flugzeuge über die auf den Feldern arbeitenden Menschen gesprüht wurden; der Öko-Tex-Standard 100 z.B. bezieht sich nur auf die industriell hergestellten Textilien die mit Chemikalien veredelt wurden. Ausgeklammert bei diesem Label bleiben die Anbaumethoden und soziale Produktionsstandards.

Das Schweizer DIP-Label

Ein anderer Lösungsvorschlag, um die Situation der Betroffenen zu verbessern sind sog: Verhaltenscodices, zu denen sich Unternehmen verpflichten. Levi-Straussz.B. hat auf Druck von Verbraucherinnen derartige Richtlinien entwickelt. Für Levi sind Firmen und Länder, die die Menschenrechte verletzen, als Geschäftspartner nicht infrage. Löhne müssen dem national vorgeschriebenen Mindestlohn entsprechen, die Arbeitszeit darf 60 Wochenstunden nicht überschreiten, ein freier Tag muss gewährleistet sein, Vereinigungsfreiheit muss gegeben und Zwangsarbeit ausgeschlossen sein. Die Firma hat ein eigenes Kontrollsystem entwickelt und streicht Firmen von der Liste, die diese Normen nicht einhalten. Auch Nike hat ähnliche Normen eingeführt, allerdings klammern sie Vereinigungsfreiheit aus - die Kontrolle allerdings ist hier mehr als mangelhaft, da die Zulieferfirmen nur auf Verlangen alle Unterlagen bereithalten müssen, die der Überprüfung der Normen dienen. Nike bezieht über Subunternehmen aus Indonesien (Firmen; Eltri, Feng Tay, Sepatu Bata, Pratama Abadi Industri, Nikomas), Sri Lanka, Philippinen -Global Wear Saicedo; Mactan Apparel; Manila Bay Hosiery, Bangladesh-Youngone, Dhaka) Die Löhne in den Firmen sind niedrig und unabhängige Gewerkschaften sind nicht erlaubt.. 1993 kam es im Betrieb P.T. Eltri in Indonesien zum Streik um die Firmen zur Einhaltung grundlegender Rechte zu zwingen. 24 Beschäftigte wurden danach gefeuert. Das Militär intervenierte.

Neben diesen individuell abgeschlossenen Verhaltensvorschriften wird diskutiert, im Rahmen von Handelsabkommen **Sozialklauseln** einzuführen, die bestimmte Mindestbedingungen bei der Produktion gewährleisten sollen. Diese Diskussion wurde vor allem von den Regierungen der USA und Frankreich im Zusammenhang mit der Verlängerung des MFA eingebracht., das Europäische Parlament hat sich 1994 für die Einführung von Sozialklauseln ausgesprochen, wobei die Bundesregierung diese Verknüpfung ablehnt..

Gegen Sozialklauseln gibt es vor allem seitens vieler Entwicklungsländer Einwendungen. Sie werden als Einschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung

interpretiert, als einen verschleierte Protektionismus, der den Waren aus den Industrienationen Vorteile sichern soll und ihre Möglichkeiten auf dem Weltmarkt in Wettbewerb zu treten, einschränken würde Ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit als Folge solcher Klauseln wird befürchtet.

Außerdem wird eingewendet, dass gerade in den Staaten die ILO Normen nicht ratifiziert haben, die die Basis der Sozialklauseln darstellen, diese dann auch nicht zur Anwendung kämen. Auch wird eingewendet, dass es sich um Normen, die an westlichen Wertvorstellungen orientiert sind, handelt, asiatische Arbeiter aber andere Rechte und Wertvorstellungen hätten Ein weiteres Argument gegen Sozialklauseln ist, dass sie sich nur auf die im formellen Bereich Tätigen beziehen würden, dass aber alle im informellen Sektor beschäftigten davon nicht profitieren würden. Dies ist ein gewichtiges Argument wenn man bedenkt, dass in Indien und in Thailand mehr als 70 % der Erwerbstätigen in diesem Sektor arbeiten und dass es außerdem die Tendenz seitens großer Firmen, Arbeiten an Subunternehmer zu vergeben, die dann diese an heimarbeitsähnliche Kleinstfirmen vergeben. Dies trifft z.B. auch für die Textilindustrie in Indien zu

Sozialklauseln könnten auch nicht das Problem von Mindestlöhnen lösen, da jedes Land über eigene Systeme der Lohnabschlüsse verfügt, Gewerkschaften fordern, dass die Löhne zumindest so hoch sein sollten, dass damit Essen, Kleidung, Miete, Erziehung der Kinder und grundlegende medizinische Versorgung bezahlt werden kann. Dies ist bekanntlich bei den Löhnen im Textilbereich keineswegs der Fall - offenbar gehen die Unternehmer davon aus dass die jungen Frauen „Zuverdienerinnen“

sind. obwohl nachweislich in Zentralamerika und Asien viele Alleinstehende Frauen Kinder und/oder Familie noch mit versorgen müssen. Bei der Diskussion um Sozialklauseln muss darüber hinaus auch bedacht werden, dass für Frauen noch besondere Probleme auftreten, deshalb müssten Sozialklauseln auch Mutterschutz, Sanktionsmöglichkeiten gegen sexuelle Belästigung und Kinderversorgung enthalten

Nicht zuletzt wird auch die Wirksamkeit von Sozialklauseln davon abhängen, ob es gelingt sie durchzusetzen und deren Einhaltung durch Kontrollinstanzen zu gewährleisten.

Kampagne für saubere Kleidung

Um dieser ungehemmten Ausnutzung vor allem weiblicher Arbeitskraft entgegenzutreten, hat sich in Holland seit 1990 Jahren die „Clean Clothes Campaign - Kampagne für saubere Kleidung“ entwickelt, die sich das Ziel setzt, eine breite Öffentlichkeit auf diese Zustände aufmerksam zu machen. Durch die Macht kritischer Verbraucher und Verbraucherinnen soll ein Druck auf die großen Einzelhändler ausgeübt werden, damit sie eine Charta zur Einhaltung sozialer Mindeststandards unterzeichnen und eine neutrale Kontrolle zulassen. Gefordert wird ein Recht auf Vereinigungsfreiheit und kollektive Verhandlungen, ein Mindestalter bei der Einstellung, ein angemessener Lohn. d.h. der zumindest den notwendigsten Lebensbedarf abdeckt zumindest aber den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn entspricht Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Arbeitszeitregelungen sowie Verbot von Zwangsarbeit und Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe Geschlecht oder Rasse.

Unterzeichnen Firmen diese Charta, soll das gesamte Unternehmen ein Gütesiegel nutzen dürfen. Ökologische Fragen allerdings bleiben in dieser Charta weitgehend ausgeklammert.

Edith Laudowicz

Bremen 2004